Alterselend, nicht Altersarmut erwartet uns!

Von Wilmont Franta - Wien

Liebe Leser, heute lasse ich wieder meine Gedanken etwas unkontrolliert spielen. Wie stimmig sie sein könnten, bitte ich selbst zu beurteilen, ist doch gerade auch dieses Thema hoch komplex.

Als ich vor einigen Monaten kurz als Tourist in Rom weilte, auch schon jahrelang im Wissen war, dass die Mieten in und um Rom sehr hoch sind, es auch nur ganz kurz Arbeitslosengeld gibt, plauderte ich auch mit Gudrun, meiner lieben Fremdenführerin, einer gebürtigen Deutschen über soziale Verhältnisse in Italien. Ich erfuhr nicht nur, dass die Pensionen i.d.R. sehr klein sind, so dass meist Verwandte mithelfen müssen, das Leben überhaupt bestreiten zu können, sondern auch, dass im "Heiligen Jahr 2016" mehr als 20 Millionen Gäste Rom besuchten, diese Stadt jedoch bis zum geht nicht mehr verschuldet ist. Und dies obwohl ich selbst für so manches Glas Bier mit 0,2 L Inhalt € 6.- bezahlen musste. Somit € 30.- für einen Liter (oder in Schilling 410.-/Liter). Ohne Trinkgeld, versteht sich. Wo bleibt nur all das Geld ? Wir hartgeld.com-Leser wissen es !

Und als ich vor einigen Tagen die Goldene Stadt Prag und meine dort lebende Enkeltochter Jennifer besuchte, berichtete mir meine dortige Fremdenführerin Patrizia, dass sie mit 72 Jahren und zwei abgeschlossenen Studien, als alleinstehende Pensionistin noch immer nebenbei tätig sein muss, da sie nur € 450.- Pension erhalte, jedoch eine Wohnung am Stadtrand mit ca. 65 m2 heutzutage auch nicht mehr unter € 350.- zu bekommen sei. Ihre 37 m2 große Wohnung ist jedoch noch relativ günstig. Günstig ist das Leben in Prag auch nicht gerade.

Im Zuge dieser Erzählungen fiel mir ein, dass ich schon vor einigen Jahren das "beklemmende" Buch "Die Vorsorge-Lüge – Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben" (Econ-Verlag) gelesen habe.

Und so führten mich all diese Geschichten zu einem Gedankenkonstrukt, dass davon ausgeht, dass es zu einem "Alterselend" und nicht nur zu einer Altersarmut kommen wird müssen, was ich nunmehr skizieren möchte:

Die vom internationalen Großkapital über Jahrzehnte absichtlich herbeigeführten Verschuldungsgrade vieler Staaten, Bundesländer und Kommunen und der Wirtschaft, wurden – nicht unbekannt – auch so angelegt, dass eine Tilgung gar nicht mehr möglich war und ist. Wichtig war, dass die vereinbarten Zinsen als "Perpetuum mobile" ad infinitum sprudelten. Und auch viele Private fanden als Schuld-Sklaven Eingang in Buchhaltungs-Zeilen bei div. Banken, welche Kredite – jedoch ohne die dafür notwendigen Zinsen – einfach aus dem Nichts schöpften. Bingo: Hiermit war das Zins-Sklaventum unumkehrbar implementiert.

Österreicher erinnern sich noch an die Post-Bank-Werbung vor Jahrzehnten "Anna den Kredit hamma". Vermutlich haben sie ihn heute noch und bisher wohl nur die Zinsen bedient?

Da jedoch jeder Schuld auch ein Guthaben in gleicher Höhe gegenübersteht, die Bereitschaft des Großkapitals jedoch nach Schuldenerlässen so gut wie kaum gegeben ist (denken wir nur an den Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen vom 30. Nov. 1989, dessen Ideen, hoch verschuldeten Ländern einen Schuldenerlass zukommen zu lassen, auf "tödlichen" Widerstand des internationalen Kapitals, stieß. Offiziell wurde die RAF als Tätergruppe ausgemacht, der Mord selbst wurde jedoch nie aufgeklärt), bedeutet dies, dass das Malochen zu Gunsten der Raubritter munter weiter festgeschrieben wurde.

Doch plötzlich musste sich eine Null-Zins-Politik und ein QE in Billionenhöhe breit machen, um den unabwendbaren Finanz-Crash deutlich hinauszuzögern, was jedoch bedeutet, dass Neu-Schulden so gut wie fast keine Zinslasten kennen – Guthaben jedoch Teils mit "Verhaltens-Straf-Zinsen" belegt sind - und sich auch Staaten und andere hierdurch sogar noch weiter verschulden können, was sie auch tun. Und auch tun müssen, sonst!!! Altverträge sind jedoch mit den vereinbarten Zinsen (Pacta sunt servanda) natürlich weiter zu bedienen, und das bringt den genannten Raubritter-Eliten Unsummen ohne einen Finger krumm machen zu müssen. Wir kennen dieses Abzocke-Spiel.

Somit wachsen und wuchsen die Staats- und sonstigen Verschuldungen sogar extrem, was uns zur Frage führt, wie werden sich die Staaten am Ende refinanzieren. Die Banken borgen sich Geld bei der EZB, leihen dies u.a. auch den Staaten gegen Anleihen als Pfand und spielen dieses Spiel so lange es noch möglich ist weiter. Österreich stockt in wenigen Tagen gerade wieder eine Anleihe auf.

Eines Tage wird es wohl eng und enden wollend. Jedoch für die Bürger – nicht für die Eliten - da eine Refinanzierung nur mit Hilfe des Volksvermögens, besser gesagt durch Abschöpfung deren Arbeits-Leistungsvermögens erst möglich ist. Wir erinnern uns diesbezüglich an so manchen IWF-Vorschlag für Vermögensabschlagszahlungen, auch Vorschläge betreffend Zwangshypotheken – wie es sie schon mal gab – sowie diverse erhöhte Grundsteuer- bzw. Flächensteuern wie bereits in anderen Ländern eingeführt. Hier stechen Griechenland und Frankreich hervor. Viel wird hierzu jedoch nicht berichtet.

Wenn es jedoch Fakt ist, dass Refinanzierungen nur aus dem Volksvermögen heraus möglich sind (wie den sonst, außer im Zuge eines exorbitanten Wirtschaftsbooms), dann kommen jetzt mehrere Dinge zeitgleich ins Spiel, die gerade vorbereitet, teils sogar bereits erfüllt wurden und Gesetzeskraft genießen, die da sind: Registrierkassenpflicht, Bargeldverbot und die Einrichtung eines Zentralen Kontoregisters (teils einiges schon auch in Österreich inkl. kontrolliertem Valuten Ankauf eingeführt. Hierzu gibt es nur mehr ganz kleine, recht unbekannte, Schlupflöcher).

Die Registrierkassenpflicht, wie auch das Zentrale Kontoregister sind in Österreich abgesegnet und in Kraft. Das Bargeldverbot wird folgen, bzw. sogar unbedingt folgen müssen – wie es ja zum Teil auch bereits in diversen Ausformungen in Teilen Europas gibt – ansonsten die Dinge sinnlos wären, um an weitere – vermutlich an alle - Vermögensteile der Bevölkerung zu kommen. Garniert mit Negativzinsen entkommt in der Folge kein Bürger (Bürge) diesem Raubrittertum, zumal er sein Geld

auch nicht mehr unter seinem Kopfpolster in Zukunft wird bunkern können. Niemand kann dann dem Wesen nach sich noch im Bereich der Schattenwirtschaft, sprich in Schwarzarbeit/Pfusch, bewegen. Nicht zuletzt wurden umfangreiche Überwachungsmaßnahmen hierzu und auch zu anderen Überwachungszwecken bereits eingeführt. Wenn dem jedoch so ist, dann kann auch Gudrun, meine Fremdenführerin. wie auch Patrizia meine genannte Fremdenführerin nur mehr zusehen, wie ihr überwachtes Schmal-Konto im Sinne der notwendig werdenden Refinanzierung gemolken wird, zumal unter Umständen unübliche Überweisungen (Geldzugänge) nicht nur elektronisch untersucht werden könnte, sondern auch sogleich mit einer Gebühr bzw. Steuer und vermutlich auch mit einer Sozialabgaben (vielleicht ein Willkommensgäste-Soli) belegt werden, was andererseits wieder Teuerungen zur Folge haben könnte, was wiederum eine Ausweitung des Prekariats, somit weitere Verelendung bedeutet. Somit sind wohl in letzter Konsequenz vermutlich wieder 50% oder sogar mehr vom Zusatzplus weg. Aber auch alle anderen Dinge sind überprüfbar. Nehmen wir an, jemand fährt plötzlich extrem viel mit seinem Auto, was nicht nur an den übermittelten Tankrechnungen, sondern auch via elektronischer Autobahngebühr – sie soll ja als "Zuckerl" Kilometerabhängig auch auf allen (Bundes-)Straßen und nicht nur auf gestaltet werden (wohl extra) - zusätzlich so manches vielleicht erkennen lässt (konspirative Treffen außer Orts ?) . Mit allen anderen bereits perfekten Überwachungs-Daten zusammengeführt, könnte vielleicht auch politische Unzuverlässigkeit abgelesen, und zu diversen Überprüfungen führen können. Nicht mittels Hausdurchsuchung und Aufrollung der gesamten privaten Finanzgebarung aller im Haushalt. Schon derzeit wird so gegen "Gesinnungsgegner" vorgegangen. Derzeit konfiguriert sich speziell in Deutschland ein "Repressions-Staat" ungeahnten Ausmaßes, der auch Führerscheinentzüge einführen möchte, die gar nichts mehr mit dem Verkehr zu tun haben, jedoch für so manches, was uns im Detail noch unbekannt ist, ausgesprochen werden könntse. Einsperren war gestern, was noch Geld kostete, heute ist Lebens-Elend in Freiheit angesagt, was den Staat nicht kostet, da dann auch diverse Unterstützungen strafweise wegfallen.

Und so könnte es kommen, dass – ähnlich wie in Griechenland und auch in anderen Ländern – infolge gerade des obig beschriebenen, eine Verelendung auch deshalb erfolgen könnte (bin vorsichtig), zumal ja gerade auch die Renten und Pensionen in keine wie immer gearteten Weise (siehe obig zitiertes Buch) gesichert sind; stehen sie doch auch in Korrelation zu den Umlageeinnahmen. Nicht zuletzt benötigt ja der Staat bereits jetzt schon Unsummen, um unsere bisherigen, sowie die auch noch weiter zu Millionen ankommenden Willkommensgäste auch durch Beschlagnahmen und Zwangseinquartierungen zufrieden stellen zu können. Beides schon erfolgt und gesetzlich gedeckt.

Wer jedoch meint, dass es Schlupflöcher geben könnte, der hat unter Normalbetrachtung trotzdem nur wenige Chancen. Denken wir – wird kommen – nur an einstige Goldverbote (auch Silbermünzenverbote werden daher erstmalig kommen müssen) und aktuell auch daran, dass erst vor einigen Tagen der Goldbesitz in Indien besteuert wird und auch in manchen europäischen Ländern der Ankauf von Gold und Silber bereits begrenzt bzw. umfänglich registriert wird. Lediglich ein Leistungstausch bzw. gebunkerte Sachwerte könnten Erleichterung schaffen. Auch Auslandszweitwohnsitze wären wohl hilfreich. Auch im Sinne unserer bekannten

Rettungsboote Gold und Silber. Gudrun und Patrizia werden jedoch vermutlich ihrem bisherigen Elend weiter und wohl auch noch verstärkt zum Opfer fallen. Wir alle werden folgen.



Wien, am 29. Juni 2017

Ing. Wilmont Franta, war bis zu seiner Pensionierung praktizierender Bauingenieur, ist Sicherheitspädagoge, Mediator, Sicherheitsfachkraft nach ASchG, wie auch Krisenfachmann und lebt in seiner Wiener Heimatstadt. Er ist u.a. auch Fachmann zum Thema "Ökonomischer Selbstschutz" und Waffenrecht. Als berechtigter und mehrfach ausgebildeter Waffenträger beschäftigt er sich auch mit Kriminalprävention, schreibt Artikel und hält auch Vorträge.

Seine E-Mail-Adresse lautet: w.franta@sicherheit-mediation.com